

20

85

# Union in Deutschland

Bonn, den 5. Juni 1985

## Rot-grüne Koalition gefährdet die Wirtschaft

Das Koalitionsangebot der hessischen SPD an die GRÜNEN gefährdet Wirtschaft und Arbeitsmarkt in diesem Bundesland. Wer wie die SPD zentrale politische Entscheidungsbereiche in die Hände der fortschritts- und wirtschaftsfeindlichen GRÜNEN legt, stört die wirtschaftliche Entwicklung und behindert die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, heißt es in einer Erklärung des Präsidiums der CDU, das am Donnerstag, 30. Mai 1985 in Bonn unter der Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl tagte.

Alle Anstrengungen des Staates, der Wirtschaft und der Sozialpartner sind gefährdet, wenn den GRÜNEN in Hessen tatsächlich ein so weitgehender Einfluß auf die Umwelt-, Energie- und damit Wirtschaftspolitik eingeräumt wird, wie es das Angebot von Ministerpräsident Börner vorsieht.

Das Präsidium der CDU fordert die Führung der SPD auf, dieser gegen die Interessen der hessischen Bürger gerichteten Politik unverzüglich ein Ende zu machen. Das Präsidium der CDU appelliert an den Deutschen Gewerkschaftsbund, zu diesem Angriff auf die berechtigten Anliegen der Arbeitnehmer nicht länger zu schweigen. Die Gewerkschaften stehen vor der Nagelprobe, ob ihnen die Interessen der Arbeitnehmer oder die einer politischen Partei wichtiger sind. Die CDU wird ihren Widerstand gegen eine solche

In dieser Ausgabe lesen Sie:

■ **BUNDESTAG**  
Unsere Familienpolitik ist sozial, gerecht und kinderfreundlich  
Seite 3

■ **WIRTSCHAFT**  
Neuer Ausfuhrrekord  
Seite 5

■ **JUGENDSCHUTZ**  
Länder und Kommunen sind jetzt gefordert  
Seite 6

■ **UMWELTSCHUTZ**  
Neuer Gesetzentwurf führt zu deutlicher Verbesserung des Arten- und Naturschutzes  
Seite 7

■ **SPD**  
Brandts Moskaureise: Ein fragwürdiges Bekenntnis  
Seite 8

■ **SPORT**  
Die Gewaltakte von Brüssel dürfen sich nicht wiederholen  
Seite 20

■ **CDU**  
Berichte von den Parteitag der Landesverbände Schleswig-Holstein und Saar  
Seite 21/22

■ **DOKUMENTATION**  
Die Renten bleiben sicher  
grüner Teil

■ **ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**  
Gesamtangebot  
rosa Teil

Koalition, die der notwendigen Verantwortung des Staates für den wirtschaftlich-technischen Fortschritt und damit für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht gerecht wird, fortsetzen.

**Das Präsidium hat außerdem die aktuelle politische Situation sowie finanz-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Fragen beraten. In einer eingehenden Aussprache stellte das Präsidium fest, daß sich nach der verhaltenen Entwicklung im letzten Quartal 1984 jetzt die Anzeichen einer konjunkturellen Belebung verstärken. Die CDU ist davon überzeugt, daß in diesem Jahr die beschlossenen Regelungen über den Vorruhestand und das Beschäftigungsförderungsgesetz positive Wirkung auf den Arbeitsmarkt haben werden. Die CDU appelliert an die Tarifpartner, diese neuen Möglichkeiten im vollen Umfang wahrzunehmen.**

## Erreichte Stabilität sichern

Das Präsidium der CDU bekräftigt die Politik der Koalition im Bund und in den Ländern auch weiterhin durch eine kontinuierliche Finanzpolitik die erreichte Stabilität zu sichern. Die Neuverschuldung weiter schrittweise zurückzuführen und dem wirtschaftlichen Wachstum Impulse zu geben. Im Rahmen dieser Zielsetzung hält das Präsidium der CDU die Verbesserung der Voraussetzungen für private und öffentliche Investitionen unter Einbeziehung der Bauwirtschaft für sinnvoll. Im Zuge der Vorbereitung der Haushaltsentwürfe des Bundes und der Länder werden in Kürze die erforderlichen Entscheidungen getroffen werden.

## Steuersenkung in zwei Stufen

Eine Woche zuvor, am Mittwoch, 22 Mai 1985, hatte das Präsidium über die weitere Arbeit der CDU in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode auf der Grundlage der

Halbzeitbilanz der Bundesregierung beraten. Insbesondere Fragen der Innen- und Rechtspolitik einschließlich des Ausländerrechts wurden erörtert. Es bestand Einvernehmen darüber, die in diesem Zusammenhang wichtigen Entscheidungen innerhalb der Koalition noch vor der Sommerpause herbeizuführen.

Ferner wurde die Vorbereitung des Bundeshaushaltes 1986 und in Verbindung damit die aktuelle wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Lage erörtert. In der Kontinuität der Stabilitäts- und Finanzpolitik der CDU sollen die Bedingungen für öffentliche und private Investitionen weiter verbessert werden. Das Präsidium sprach sich gemäß der Koalitionsvereinbarung für die Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer in einem Gesetz mit dem Inkrafttreten 1986 und 1988 sowie die Verwirklichung der vorgesehenen familienpolitischen Maßnahmen zum 1. Januar 1986 aus. Außerdem soll das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium der Bundesanstalt für Arbeit wirksamer gestaltet werden. Für die CDU bleiben Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Stabilitätspolitik die zentralen Aufgaben dieser Legislaturperiode.

## Daimler-Benz plant 1 000 Arbeitsplätze mehr

Die Daimler-Benz AG, die in den ersten Monaten dieses Jahres bereits 2600 Mitarbeiter einstellte, will im Laufe des Jahres noch einmal 500 bis 1000 neue Arbeitsplätze schaffen. Bereits im vorigen Jahr hatte der Stuttgarter Automobilkonzern die Zahl seiner Mitarbeiter um 6600 erhöht, wovon 1500 bis 1600 im Vorgriff auf die Arbeitszeitverkürzung eingestellt worden waren. Daimler-Benz-Chef Werner Breitschwerdt erklärte, das laufende Geschäftsjahr werde für das Unternehmen ein „außerordentlich gutes Pkw-Jahr“. Insgesamt sollen 540000 Personenwagen von den Daimler-Benz-Bändern laufen.

## BUNDESTAG

# Unsere Familienpolitik ist sozial, gerecht und kinderfreundlich

„Wir haben die Familien in den Mittelpunkt unserer Politik gestellt“, erklärte Bundesfamilienminister Heiner Geißler u. a. im Rahmen der verbundenen Debatte zum Steuersenkungsgesetz und zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes vor dem Plenum des Deutschen Bundestages.

Wir sind von Anfang an mit dem Ziel angetreten, finanzielle Spielräume zu schaffen und diese zu allererst den Familien zugute kommen zu lassen. Und wir reden nicht nur davon, wir machen damit Ernst. Der Beweis dafür sind unsere konkreten haushalts- und steuerpolitischen Entscheidungen. Wir haben ein Familienpaket in Höhe von 10 Milliarden DM pro Jahr für die Familien beschlossen. Das ist die größte Verbesserung für die Familien seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

Die neue Familienpolitik der Bundesregierung ist eine Kombination von familiengerechter Steuer und gezielter sozialer Förderung. Wir lehnen eine Familienpolitik mit der Gießkanne und mit der Heckenschere ab. Deswegen enthält das gesamte Familienpaket nicht eine rein quantitative Erhöhung des Kindergeldes, sondern eine gezielte soziale Förderung einkommensschwacher Familien durch den Kindergeldzuschlag, eine gezielte Förderung junger Familien durch das Erziehungsgeld und gezielte Förderung der Chancengerechtigkeit vor allem für Frauen durch die Anerkennung von Erziehungsjahren.“

Die SPD setzt in ihrem Antrag ausschließ-

lich und allein auf das Kindergeld. Unsere Politik will beides: die steuerliche Entlastung und das Kindergeld. Unsere Politik hat einen Dreiklang:

● **Sie ist sozial, gerecht und kinderfreundlich.**

**Sozial:** weil diejenigen mit dem geringsten Einkommen auf jeden Fall ohne jede Ausnahme wesentlich mehr bekommen als sie bisher gehabt haben, nämlich durch den Kindergeldzuschlag für das erste Kind z. B. nahezu eine Verdoppelung des Kindergeldes, 46 DM.

**Gerecht:** weil Familien mit Kindern in der Zukunft wesentlich weniger Steuern bezahlen als diejenigen, die keine Kinder haben.

**Kinderfreundlich:** weil wir zusammen mit Kindergeld, Anerkennung von Erziehungszeiten, Erziehungsgeld, Kindergeld für arbeitslose Jugendliche... das größte Familienpaket jetzt und am ersten Januar nächsten Jahres in Kraft setzen, daß es seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat.

## Der neue Familienlastenausgleich der Bundesregierung

### 1. Kindergeld

■ Es wird ein Kindergeldzuschlag in Höhe von maximal 46 DM eingeführt. Ihn erhalten all die Familien, bei denen sich der Kinderfreibetrag wegen des zu geringen

Einkommens nicht oder nicht vollständig auswirkt.

**Zusätzliches Finanzvolumen:**  
**670 Mio. DM**

■ Bereits ab 1. Januar 1985 wird für junge Arbeitslose wieder bis zum Alter von 21 Jahren Kindergeld gezahlt. Für junge Männer, die Grundwehr- oder Zivildienst geleistet haben, ist die Altersgrenze „21“ um die Zeit des geleisteten Dienstes erhöht worden.

**Zusätzliches Finanzvolumen:**  
**100 Mio. DM**

## 2. Steuerlicher Familienlastenausgleich

■ Wiedereinführung der Kinderfreibeträge:

Zum 1. Januar 1983 432 DM je Kind  
Zum 1. Januar 1986 2484 DM je Kind

Die Erhöhungsbeträge bei den Vorsorgeaufwendungen (600 und 300 DM je Kind), die von den Familien in unterschiedlicher Höhe genutzt werden, gehen in den Kinderfreibetrag auf.

Entlastungswirkung insgesamt zwischen 46 DM und 116 DM monatlich.

**Zusätzliches Finanzvolumen:**  
**4,8 Mrd. DM**

■ Anhebung der Ausbildungsfreibeträge von

2100 auf 3000 DM (auswärts untergebrachte Kinder über 18 Jahren) (1)

1200 auf 1800 DM (zu Hause untergebrachte Kinder über 18 Jahren) (2)

900 auf 1200 DM (auswärts untergebrachte Kinder unter 18 Jahren) (3)

Entlastungswirkung insgesamt zwischen 55 und 140 DM monatlich (1)

33 und 84 DM monatlich (2)

22 und 56 DM monatlich (3)

**Zusätzliches Finanzvolumen:**  
**300 Mio. DM**

■ Alleinerziehende können ab 1. Januar 1985 Kinderbetreuungskosten nach Abzug der zumutbaren Eigenbelastung bis zur Höhe von 4000 DM für das erste und 2000 DM für jedes weitere Kind geltend machen.

Ohne Nachweis derartiger Aufwendungen werden pauschal 480 DM je Kind abgezogen.

**Zusätzliches Finanzvolumen:**  
**160 Mio. DM**

(zuzüglich einmaliger Zahlungen in Höhe von insgesamt 320 Mio. DM für Altfälle)

■ Erhöhung des Haushaltsfreibetrages für Alleinstehende mit mindestens einem Kind von 4212 DM auf 4536 DM ab 1986. Zusätzliche Entlastung zwischen 71 und 181 DM jährlich.

**Zusätzliches Finanzvolumen: 50 Mio. DM**

■ Verbesserung der steuerlichen Berücksichtigung von Unterhaltsleistungen.

Erhöhung des Höchstbetrages von 3600 DM auf 4500 DM und des anrechnungsfreien Einkommens von 4200 DM auf 4500 DM.

**Zusätzliches Finanzvolumen:**  
**100 Mio. DM**

## 3. Erziehungsgeld / Erziehungszeiten / Schutz des ungeborenen Lebens

■ Einführung eines Erziehungsgeldes in Höhe von 600 DM monatlich für 10 bzw. 12 Monate.

Vom 1. bis 6. Monat wird das Erziehungsgeld allen Familien gewährt, vom 7. Monat an wird das Familieneinkommen berücksichtigt.

Wenn — wie geplant — für die Einkommensgrenze das Einkommen eines durchschnittlich verdienenden Facharbeiters (Bruttoeinkommen 1986: rd. 44000 DM) zugrundegelegt wird, werden rd. 80% aller Familien ein volles oder gemindertes Er-

ziehungsgeld ab dem 7. Monat erhalten. Nur die rd. 20% einkommensstarken Familien erhalten in dieser Zeit kein Erziehungsgeld mehr.

Die Ausgaben für das Erziehungsgeld belaufen sich im Jahr der vollen Förderung (1989) auf **rd. 2,9 Mrd. DM**. Das sind über **2 Mrd. DM** mehr als bisher für den Mutterschaftsurlaub ausgegeben wurde.

Für alle Frauen (ab Jahrgang 1921), die Kinder erzo-gen haben, wird ein Erziehungsjahr in der Rentenversicherung anerkannt. Die Rente erhöht sich dadurch um 25 DM pro Monat und Kind. Die Neuregelung soll zum 1. Januar 1986 in Kraft treten.

Zuschüsse des Bundes an die Rentenversicherung hierfür steigen von 140 Mio. DM im Jahr 1986 kontinuierlich bis auf 2,7 Mrd. DM an.

■ Die Stiftung Mutter und Kind hilft werdenden Müttern, die sich in einer sozialen Notlage befinden, durch finanzielle Hilfen.

**Finanzvolumen 1985: 50 Mio. DM** ■

## Bundespost erhöhte ihre Ausbildungsplätze um 23%

Als beispielhaft für Verwaltung und Wirtschaft hat der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Post- und Fernmeldewesen, Gerhard O. Pfeffermann, die Bemühungen der Deutschen Bundespost im Ausbildungsbereich bezeichnet. Das Ausbildungsplatzangebot der Deutschen Bundespost sei von 1982 mit 14467 Ausbildungsplätzen auf 17789 im Jahre 1985 gesteigert worden; das entspräche einer Steigerung von 23%. Dabei sei besonders bemerkenswert, daß im gewerblich-technischen Bereich die Ausbildungsplätze um 32% auf 5952 Ausbildungsplätze hätten gesteigert werden können. Die Bundespost stehe mit dieser Leistung einzigartig im Bereich der gesamten Verwaltung.

## ■ WIRTSCHAFT

### Neuer Ausfuhrrekord: Chancen wurden genutzt

**Die deutsche Wirtschaft steuert in diesem Jahr offenbar auf einen neuen Ausfuhrrekord zu. Mit 13,6 Mrd. DM lag der Handelsbilanzüberschuß im ersten Quartal dieses Jahres um mehr als zwei Mrd. DM über dem entsprechenden Ergebnis des Vorjahres.**

**D**er Überschuß in der Leistungsbilanz, der sich in den ersten drei Monaten auf knapp 4,2 Mrd. DM belief, übertraf den Vorjahreswert von 2,2 Mrd. DM ebenfalls deutlich. Die Defizite in der Dienstleistungs- und in der Übertragungsbilanz wurden somit durch das starke Wachstum der deutschen Ausfuhr bei gleichzeitiger mäßiger Importzunahme wettgemacht. Prognosen deuten darauf hin, daß der Leistungsbilanzsaldo 1985 möglicherweise das Rekordergebnis von 1974 mit 26,6 Mrd. DM übertreffen wird.

Zu dieser Verbesserung der außenwirtschaftlichen Position der Bundesrepublik Deutschland erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann: Offenbar haben die deutschen Unternehmen die sich ihnen auf den Weltmärkten bietenden Chancen gut und schnell genutzt. Die recht beachtlichen Zunahmen der Lieferungen in andere Länder zeigen, daß das deutsche Exportwachstum nach wie vor auf einer breiten Basis steht. Der hohe Anteil der Investitionsgüter am Export dürfte sich wegen der in diesem Jahr weltweit steigenden Nachfrage nach Investitionsgütern besonders positiv bemerkbar machen. Befürchtungen, die deutsche Wirtschaft habe Einbußen in ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit erlitten, erweisen sich im nachhinein als übertrieben.

## ■ JUGENDSCHUTZ

### Länder und Kommunen sind jetzt gefordert

Seit dem 1. April 1985 gilt das Gesetz zur Neuregelung des Jugendschutzes in der Öffentlichkeit. Schwerpunkte dieser Neuregelung sind die Verbesserung des Schutzes der Jugend vor schädlichen Videoprogrammen sowie die Verbesserung der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs durch Minderjährige.

Die deutliche parlamentarische Zustimmung, die die neuen gesetzlichen Regelungen gefunden haben, gibt zu der berechtigten Hoffnung Anlaß, daß diese Bestimmungen nunmehr in der Praxis konsequent umgesetzt werden. Denn das beste Gesetz nützt nichts, wenn es nicht von den zuständigen Stellen angewendet wird. Hier sind nun die Länder, aber insbesondere die Kommunalpolitiker aufgefordert, dem neuen Jugendschutzgesetz in der Praxis Geltung zu verschaffen. Eltern, Lehrer und Erzieher müssen in verstärktem Maße von den verantwortlichen Stellen (Ordnungsamt, Jugendamt) im schutzwürdigen Interesse der ihnen anvertrauten jungen Menschen auf die Gefährdungen hingewiesen und über die Bestimmungen informiert werden.

Nach Auffassung des Bundesfachausschusses „Jugendpolitik“ der CDU kann nur ein flächendeckendes Netz von Jugendschutzbeauftragten in den Ländern die gesetzlichen und erzieherischen Aufgaben des Jugendschutzes bewältigen. Um einen wirksamen Jugendschutz zu gewährleisten, schlägt der **Bundesfachaussch**

**schuß „Jugendpolitik“ der CDU** folgendes vor:

■ In jedem Jugendamt muß mindestens eine Fachkraft mit Aufgaben des gesetzlichen und erzieherischen Jugendschutzes beauftragt werden.

■ Ein spezieller Fachausschuß (Unterausschuß des Jugendwohlfahrtsausschusses) sollte die entsprechenden Aktivitäten im Jugendamtsbereich anregen und mittragen. Er sollte die Kooperation zwischen Jugendamt, Ordnungs- und Polizeibehörde und freien Trägern verbessern helfen.

■ Der erzieherische Jugendschutz muß insbesondere in den Bereichen der Suchprophylaxe, der Medienerziehung sowie im Vorfeld der Jugendkriminalität intensiviert werden.

Darüber hinaus haben die einzelnen Bundesländer für die weiterhin erforderliche finanzielle Absicherung der Landesstellen „Aktion Jugendschutz“ Sorge zu tragen. Diese Institutionen haben sich seit Jahren in der Fortbildung der bei den Jugendämtern mit Aufgaben des Jugendschutzes beauftragten Mitarbeiter engagiert und bewährt. Sie sind es, die auch jetzt den Kommunalverwaltungen und freien Trägern bei der Umsetzung der neuen Bestimmungen des Jugendschutzes hilfreich zur Seite stehen.

### Bund steigert Angebot an Ausbildungsplätzen

Die Bundesregierung will in Bundesbahn, Bundespost, Bundeswehr und anderen Bundesinstitutionen nach Angaben des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bildungsministerium, Anton Pfeiffer, in diesem Jahr 31 500 Ausbildungsplätze anbieten. Dies sei eine Steigerung im Vergleich zum vorigen Jahr um 4,3 Prozent, teilte Pfeiffer in der Fragestunde des Bundestages mit.

## ■ UMWELTSCHUTZ

# Neuer Gesetzentwurf führt zu deutlicher Verbesserung des Natur- und Artenschutzes

Das Bundeskabinett hat den vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vorgelegten Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) beschlossen. Sein Ziel ist die vom Deutschen Bundestag und vom Bundesrat Ende 1983 geforderte Novellierung derjenigen Vorschriften, die den Schutz der wildlebenden Tiere und Pflanzen und ihrer Lebensstätten und Lebensräume betreffen. Im Vordergrund steht dabei der Artenschutz. Er ist zur Zeit weitgehend landesrechtlich geregelt. Die jetzt geplante Vereinheitlichung der Vorschriften über die besonders geschützten Tier- und Pflanzenarten wird die Rechtsanwendung für den Bürger und die Verwaltung vereinfachen und damit den Vollzug verbessern.

**A**ngesichts des fortdauernden Artenschwundes ist es darüber hinaus notwendig, die gesetzlichen Grundlagen zum Schutz der wildlebenden Tiere und Pflanzen sowie ihrer Lebensstätten und Lebensräume, sogenannte Biotop, auch inhaltlich zu verbessern. Der Gesetzentwurf sieht hierfür u. a. vor:

— Tiere und Pflanzen der vom Aussterben bedrohten Arten dürfen — soweit es sich nicht um gezüchtete bzw. künstlich vermehrte Exemplare handelt - künftig grundsätzlich nicht mehr verkauft, zum Verkauf vorrätig gehalten, angeboten, bezurteilt oder zu kommerziellen Zwecken zur Schau gestellt werden. Dies gilt auch für Teile von Tieren und Pflanzen und aus

ihnen gewonnene Erzeugnisse, wie Produkte aus Schildkröten.

— Die Ein- und Ausfuhr von Tieren und Pflanzen der besonders geschützten Arten ist künftig grundsätzlich genehmigungspflichtig. Bisher besteht eine Ein- und Ausfuhrregelung nur für Tier- und Pflanzenarten, die dem Washingtoner Artenschutzübereinkommen unterliegen.

— Besonders schwerwiegende Verstöße gegen artenschutzrechtliche Verbote sollen künftig mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren geahndet werden.

— Maßnahmen, die besonders schutzwürdige Biotop zerstören oder beeinträchtigen können, sind künftig grundsätzlich genehmigungspflichtig. Das gilt beispielsweise für Moore, Sümpfe, Dünen, Bruch-, Sumpf- und Auwälder, Wattflächen sowie natürliche Felsbildungen. Die Länder können diese Biotopliste noch ergänzen.

Der Gesetzentwurf bezweckt ferner die Durchführung wichtiger internationaler Übereinkommen und EG-Regelungen auf dem Gebiet des Artenschutzes. Zu den EG-Regelungen gehören insbesondere die Verordnung über die Anwendung des Washingtoner Artenschutzübereinkommens in der gesamten Gemeinschaft ab 1. Januar 1984 sowie die Vogelschutzrichtlinie. Die Bundesregierung hat die Obersten Naturschutzbehörden der Länder und die betroffenen Verbände bereits in einem frühen Stadium beteiligt; sie ist der Auffassung, daß der Gesetzentwurf zu einer deutlichen Verbesserung des Natur- und Artenschutzes beiträgt und zugleich den legitimen Nutzungsinteressen gerecht wird.

## ■ BRANDTS MOSKAUREISE

### Ein fragwürdiges Bekenntnis

**Zu der Moskau-Reise des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühle: Die SPD bleibt in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik unzuverlässig und unberechenbar. Diesen Eindruck hat der Moskau-Besuch von Willy Brandt und seiner Delegation erneut bestätigt und sogar verstärkt.**

**E**s ist schon seltsam, daß man sich in Moskau hofieren lassen muß, um dann am falschen Ort ein fragwürdiges Bekenntnis zum westlichen Bündnis abgeben zu können: Herr Brandt fordert die Sowjetunion zu einseitigen Schritten bei der Rüstungsbegrenzung auf. Egon Bahr wiederum hält in derselben Pressekonferenz diese Aufforderung an die Sowjets für „sehr riskant“ und fordert dagegen die USA zu einseitiger Abrüstung auf. Aber das Naheliegende fiel keinem der beiden Politiker ein: Die Sowjets deutlich aufzufordern, in Genf ernsthaft und konstruktiv auf der Grundlage der Vereinbarungen der Außenminister Shultz und Gromyko vom 8. Januar dieses Jahres zu verhandeln.

Dieses Moskauer Doppelspiel von Brandt und Bahr zeigt deutlich: Die SPD-Führung ist nicht bereit, in Moskau unmißverständlich klar zu machen, daß die Bundesrepublik Deutschland ein Mitglied der Sicherheitsgemeinschaft der nordamerikanischen und westeuropäischen Demokratien ist und daß unser wichtigster Partner in diesem Bündnis die USA sind, die uns Schutz vor der Sowjetunion bieten.

Welchen Wert hat das „Bekenntnis“ zum westlichen Bündnis als den eines Lippenbekenntnisses? Wenn dieses Bekenntnis mehr sein soll, warum hat Willy Brandt dann nicht den Mut gehabt, in seiner Moskauer Pressekonferenz das Lebensrecht des afghanischen Volkes deutlich in Erinnerung zu bringen? Und was nützen seine großen Worte über die angeblich „starken Veränderungen des sowjetischen Denkens“ über die Nord-Süd-Problematik an der Tatsache, daß der Osten sich nach wie vor strikt weigert, sich für die wirtschaftliche Unterstützung der Dritten Welt in die Pflicht nehmen zu lassen. Die Tatsache ist doch die, daß die Bundesrepublik Deutschland allein mehr Entwicklungshilfe leistet als der gesamte Ostblock zusammen. Wo blieb da die klare Aufforderung an den Osten, hier ein vielfaches mehr zu leisten?

### Straffe Führung des Kanzlers gewürdigt

Entschiedene Unterstützung für den Plan einer neuen Gatt-Runde noch im Frühjahr nächsten Jahres hat jetzt Bundeskanzler Helmut Kohl von der britischen Regierungschefin Margaret Thatcher erhalten. In einem mit „Dear Helmut“ eingeleiteten persönlichen Dankschreiben an den Kanzler für die Ausrichtung des jüngsten Weltwirtschaftsgipfels schreibt Frau Thatcher wie „schade“ es gewesen sei, daß „nicht alle“ in Bonn versammelten Regierungsoberhäupter in der Lage waren, auf diesen „neuen Zeitpunkt zu Beginn des Jahres 1986 zuzusteuern“. Die Premierministerin fügt aber hinzu, daß man trotzdem an der Gatt-Runde 1986 „festhalten und entschlossen darauf hinarbeiten“ müsse. In ihrem Schreiben an den Bundeskanzler hebt Frau Thatcher besonders Kohls „straffe Führung unserer Beratungen“ hervor, von der entscheidende Wirkung auf das Ergebnis der Konsultationen ausgegangen sei.



## ■ BETRIEBSVERFASSUNGSGESETZ

# CDU/CSU beschließt Minderheitenschutz in Betrieben und Verwaltungen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in der vergangenen Woche beschlossen, den „Gesetzentwurf zur Verstärkung der Minderheitenrechte in den Betrieben und Verwaltungen“ als Artikelgesetz im Deutschen Bundestag einzubringen. Er besagt im einzelnen:

### Artikel 1: Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes

Das Betriebsverfassungsgesetz und das Bundespersonalvertretungsgesetz tragen dem Minderheitenschutz nicht in ausreichendem Maße Rechnung. Die Wahlvorschriften leisten einer Praxis Vorschub, die gegen die verfassungsrechtlichen Prinzipien der Allgemeinheit und Gleichheit einer demokratischen Wahl verstößt:

■ Bei der Besetzung des Betriebsausschusses sowie der weiteren Ausschüsse und bei den Freistellungen kann die Mehrheit im Betriebsrat ihren Willen ohne Rücksicht auf die berechtigten Interessen der Minderheit durchsetzen.

■ Durch den Mißbrauch des Unterschriftenquorums, d. h. durch eine vom Gesetzgeber nicht gewollte 100%ige Ausschöpfung des vorhandenen Unterschriftenpotentials aller Arbeitnehmer, wird den gewerkschaftlichen Minderheiten (CGB und DAG) eine ihrer zahlenmäßigen Stärke entsprechende Repräsentanz im Betriebsrat häufig verwehrt.

Der Gesetzgeber zieht hieraus folgende Konsequenzen:

■ Das relative Unterschriftenquorum für Wahlvorschläge der Arbeitnehmer wird

auf ein **Zwanzigstel** und das absolute Quorum auf **50** Unterschriften gesenkt. Außerdem wird für kleine Betriebe und kleine Gruppen die Mindestzahl an Unterschriften von drei auf zwei verringert.

■ Neben den wahlberechtigten Arbeitnehmern können auch die im Betrieb vertretenen **Gewerkschaften** Wahlvorschläge unterbreiten. Jeder Wahlvorschlag einer Gewerkschaft muß lediglich von zwei Beauftragten unterzeichnet sein.

■ Jede Gruppe, der im Betriebsrat mindestens ein Drittel der Mitglieder angehört, hat ein Vorschlagsrecht für die Wahl des Vorsitzenden. Die weiteren Ausschußmitglieder im Betriebsausschuß — außer dem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter — werden von dem Betriebsrat aus seiner Mitte in geheimer Wahl nach den Grundsätzen der **Verhältnismahl** gewählt. Diese Grundsätze gelten auch bei der Entscheidung über die Freistellungen.

### Artikel 2: Änderung des Bundespersonalvertretungsgesetzes

■ Nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts — es hat das gesetzliche Quorum des § 19 Abs. 4 und 5 für verfassungswidrig erklärt — wird das relative und das absolute Quorum für Wahlvorschläge der Arbeitnehmer auf die Größen des Betriebsverfassungsgesetzes gesenkt.

■ Nach dem Vorbild von zehn Landespersonalvertretungsgesetzen erhalten die in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften ein eigenes Wahlvorschlagsrecht, bei dem sie vom Erfordernis des Unterschriftenquorums befreit sind.

### Artikel 3: Errichtung von Sprecherausschüssen für Leitende Angestellte

Das Betriebsverfassungsgesetz 1972 hat darauf verzichtet, den betriebsverfassungsrechtlichen Standort der Leitenden Angestellten zu bestimmen. Die Bildung von Sprecherausschüssen oder Gesprächskreisen für Leitende Angestellte wurde bewußt offengehalten und der weiteren Entwicklung überlassen.

In Erfüllung des Sozialstaatsgebotes des Artikels 20 GG ist die gesetzliche Schaffung einer betrieblichen Infrastruktur für diesen Personenkreis dringend geboten. Die Nichteinbeziehung der Leitenden Angestellten in das Betriebsverfassungsgesetz hat nämlich in der sozialen Wirklichkeit dazu geführt, daß eine Lücke im Geflecht der sozialen Schutzvorschriften zu Lasten der Leitenden Angestellten eingetreten ist.

Mit der institutionellen Einbindung in das Mitbestimmungsrecht 1976 sind die Leitenden Angestellten als originäre Rechts-subjekte anerkannt worden. Der Gesetzgeber hat damals der rechtstatsächlichen Entwicklung in den Betrieben und Unternehmen durch die Berücksichtigung des Vorhandenseins dreier soziologisch abgrenzbarer Arbeitnehmergruppen — Arbeiter, Angestellte, Leitende Angestellte — Rechnung getragen.

■ Durch die gesetzliche Verankerung von Sprecherausschüssen soll eine Grundlage für die Vertretung der Gruppen- und Einzelbelange der Leitenden Angestellten geschaffen werden, ohne die im Betriebsverfassungsgesetz verankerten Befugnisse des Betriebsrates zu beschneiden. Es wird vielmehr von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Betriebsrat und Sprecherausschuß ausgegangen. Im einzelnen enthält der Entwurf Regelungen über die Bildung, die Aufgaben und Befugnisse, die Größe und Amtszeit und die Wahl des Sprecherausschusses.

## Gesetzliche Verankerung von Sprecherausschüssen beschlossen

Zur Verabschiedung des „Gesetzes zur Verstärkung der Minderheitenrechte in den Betrieben und Verwaltungen“ durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte **MdB Eberhard Pohlmann:**

„Im Rahmen des Gesetzes zur Verstärkung der Minderheitenrechte wird nun endlich auch die gesetzliche Verankerung von Sprecherausschüssen für Leitende Angestellte geregelt. Damit erfüllt die Koalition der Mitte das gegenüber den Führungskräften abgegebene Versprechen, eine gesetzliche Grundlage für die Vertretung der Gruppen- und Einzelbelange der Leitenden Angestellten zu schaffen.“

Der Entwurf der Koalitionsfraktionen enthält im einzelnen Regelungen über Bildung, Aufgaben, Befugnisse, Größe und Amtszeit sowie Wahl des Sprecherausschusses. Die wesentlichen Bestimmungen sind:

- Sprecherausschüsse werden in Betrieben mit in der Regel mindestens 10 Leitenden Angestellten gebildet.
- Die Wahlberechtigung stellen je ein Vertreter des Arbeitgebers, des Sprecherausschusses und des Betriebsrates fest.
- Der Sprecherausschuß ist durch den Arbeitgeber über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung des Betriebes und Unternehmens regelmäßig zu unterrichten.
- Der Sprecherausschuß ist vor jeder Kündigung eines Leitenden Angestellten zu hören.
- Beabsichtigt der Arbeitgeber, mit dem Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung oder eine vergleichbare Regelung abzu-

schließen, die die rechtlichen Interessen der Leitenden Angestellten berührt, hat der Arbeitgeber den Sprecherausschuß vorher anzuhören.

■ Besteht ein Unternehmen aus mehreren Betrieben, ist zusätzlich zu den Sprecherausschüssen der einzelnen Betriebe ein Gesamtsprecherausschuß zu bilden.

Mit dem Sprecherausschußgesetz wird entgegen den Befürchtungen der Gewerkschaften kein „zweiter Betriebsrat“ in den Unternehmen installiert. Es wird vielmehr von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Betriebsrat und Sprecherausschuß ausgegangen. Die im Betriebsverfassungsgesetz verankerten Befugnisse des Betriebsrates werden nicht beschnitten.

Mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfs hat die CDU/CSU-Fraktion deutlich gemacht, daß sie sich auch gesellschaftlicher Gruppen annimmt, die zu den Minderheiten in unserem Land zählen. Die Führungskräfte sind zwar zahlenmäßig nur eine kleine Gruppe, aber für die Funktionsfähigkeit der Unternehmen und der gesamten Sozialen Marktwirtschaft unentbehrlich. Mit dem Sprecherausschußgesetzentwurf trägt der Gesetzgeber auch der betrieblichen Wirklichkeit Rechnung, denn bereits heute gibt es rund 350 Sprecherausschüsse auf freiwilliger Grundlage. ■

## Opportunismus von Schmude unerträglich

„Mit großer Verwunderung und Befremden“ kritisierte der CDU-Bundestagsabgeordnete Erich Maaß (Wilhelmshaven) die Entscheidung der EKD-Synode, den SPD-Parlamentarier Jürgen Schmude zu deren Präses zu wählen. „Als Christ ist es mir unverständlich, daß gerade Schmude gewählt wurde, nachdem er bei seiner

Vereidigung zum Minister für Bildung und Wissenschaft unter Helmut Schmidt am 6. November 1980 neben seinem Parteigenossen Ehrenberg vor dem Deutschen Bundestag auf die Schlußformel „... so wahr mir Gott helfe“ verzichtet hatte.“

Vor diesem Hintergrund müsse die Entscheidung der EKD-Synode mehr als fragwürdig erscheinen, zumal — so Maaß — im vergangenen Herbst dem rheinland-pfälzischen CDU-Politiker Albrecht Martin mit Hinweis auf seine politische Bindung ein Sitz im Rat der EKD verwehrt worden sei. „Man muß nach dieser Entscheidung fragen, ob es angehen kann, daß jemand dieses höchste Laienamt in der evangelischen Kirche bekleidet, der vor der deutschen Öffentlichkeit und Millionen Fernsehzuschauern den christlichen Eid verweigerte“, betonte der CDU-Abgeordnete.

## Rückkehrende Ausländer können Bausparvertrag im Heimatland verwenden

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes über eine Wiedereingliederungshilfe im Wohnungsbau für rückkehrende Ausländer beschlossen. Danach können Rückkehrer einen in der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen Bausparvertrag zum Bau und Erwerb von Wohneigentum auch im Heimatland verwenden. Mit dieser Regelung leistet die Bundesregierung einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Wiedereingliederungschancen der Rückkehrer im Heimatland, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt. Sie unterstütze damit auch den Wunsch der meisten Rückkehrer nach Wohneigentum. Vogt betonte, daß diese Maßnahme voll dem ausländerpolitischen Konzept der Bundesregierung entspreche, das auf den Säulen Integration sowie Hilfen zur Wiedereingliederung aufgebaut sei.

## ■ FUSSBALL

# Die Gewaltakte von Brüssel dürfen sich nicht wiederholen

**Bislang 39 Tote und über 100 zum Teil lebensgefährlich Verletzte sind die Bilanz der Ausschreitungen vor dem Europa-Cup-Finale Juventus Turin gegen FC Liverpool im Brüsseler Heysel Stadion. Millionen von Fernsehzuschauern, die sich auf ein spannendes Fußballspiel gefreut hatten, wurden statt dessen Augenzeugen einer blutigen Schlacht.**

In die Trauer um die Opfer und das Mitgefühl mit ihren Angehörigen, aber auch um die Niederlage, die der Sport insgesamt mit diesen gewalttätigen Auseinandersetzungen erlitten hat, drängen sich Fragen nach Schuld, Vermeidbarkeit und Verhinderung solcher Vorfälle. Es wäre verfehlt, hier vorschnell nach Schuldigen zu suchen. Diese Frage kann nur nach einer sorgfältigen Auswertung der Ereignisse beantwortet werden.

Bei der Überlegung, wie künftig Gewalt und Panik bei großen Sportveranstaltungen vermieden werden können, sind zunächst einmal die Sportverbände gefordert. Die UEFA wird aus dem Brüsseler Geschehen ihre Schlüsse ziehen müssen.

Politik und Sport haben seit Jahren mit Sorge die Entwicklung beobachtet, daß auf Zuschauerrängen die Gewaltherrschaft zunimmt. Aufgestaute soziale Probleme, die mit Sport nichts zu tun haben, werden abreagiert. Die bisherigen Anstrengungen, die Gewalttätigkeit einzudämmen, müssen angesichts des blutigen Dramas von Brüssel verstärkt werden.

Dies kann nicht allein Aufgabe des Staates oder der Sportvereine sein. Die Aufgabe stellt sich allen Bürgern, die mit jungen Menschen zu tun haben. Der Vorsitzende des **Bundesfachausschusses „Sport“ der CDU, Ferdinand Tillmann** verweist in diesem Zusammenhang auf den Beschluß der Sportminister-Konferenz vom Januar dieses Jahres, der an Eltern, Lehrer, Übungsleiter, Trainer und Betreuer appelliert, junge Menschen zu fairem Verhalten zu erziehen. Besonders gefordert sind die Sportvereine. Sie sollten verstärkt vor allem die Fanclubs für eine Mitarbeit gewinnen und durch organisatorische Maßnahmen dafür sorgen, daß im Zuschauerbereich Ausschreitungen vermieden werden. Sicher ist auch die Hilfe von Presse, Rundfunk und Fernsehen entscheidend bei der Erziehung zur Gewaltlosigkeit.

Der Staat hat die Aufgabe und Verpflichtung, mit seinen Sicherheitskräften einzugreifen und zu handeln, damit friedliche sportlicher Wettkampf möglich ist und die Zuschauer vor Störungen und Gewalt geschützt werden. Nur im Zusammenwirken von Erziehern, Verbänden, Medien und Staat können wir auf Dauer der Gewalt begegnen.

Die Tragödie von Brüssel hat auch Konsequenzen für Bonn. **Innenminister Zimmermann** sagte, er werde auch im Hinblick auf die Fußball-Europameisterschaft 1987 „mit aller Entschiedenheit darauf hinwirken“, daß sich solche „ungeheuren Gewaltakte“ auf deutschem Boden nicht wiederholen.

Zimmermann will Spitzenbeamte mit der Maßgabe zu einem EG-Fachtreffen nach Rom schicken, daß eine Arbeitsgruppe Gegenmaßnahmen berät. Bonn dringt auf ein Alkoholverbot auch in ausländischen Stadien und auf vorbeugende Sicherheitsvorkehrungen. **Bundeskanzler Kohl** äußerte „Entsetzen und Empörung“ über das Brüsseler Blutbad. Alle Verantwortlichen müßten jetzt Konsequenzen prüfen.

## ■ CDU SCHLESWIG-HOLSTEIN

# Gerhard Stoltenberg: Keine neuen finanzwirksamen Forderungen

**Walter Wallmann als Gastredner gab vor dem außerordentlichen Parteitag der schleswig-holsteinischen CDU am 1. Juni in Travemünde die Stichworte für die Aussprache der Delegierten: „In der Konzentration auf die wichtigen politischen Fragen und in der ständigen öffentlichen Darstellung und Wiederholung drückt sich Festigkeit und Entschlossenheit des Politikers aus.“**

An dieser Stelle hakten die Diskussionsredner ein, die die weit auseinanderklaffende Schere zwischen den Leistungen der Bundesregierung einerseits und ihrer Verankerung im Bewußtsein der Öffentlichkeit andererseits kritisierten. Dies trifft wohl auch die Stimmung an der Parteibasis, kennzeichnet die Ursache für die beginnende „Sprachlosigkeit“ in der Partei, für die beginnende Demotivierung vieler Mitglieder: Es genügt nicht, Leistungen zu erbringen, sie wollen auch vermittelt werden. Frei nach dem Motto: Nicht die Taten beeindrucken die Menschen, sondern die Reden über diese Taten.

Zuvor hatte Landesvorsitzender Gerhard Stoltenberg in seinem Rechenschaftsbericht betont: „Unser Hauptproblem ist heute nicht die tatsächliche Zwischenbilanz, sondern die zeitweise unzureichende Begründung der Politik und die ständige offensive Vertretung unseres Kurses.“ Und an anderer Stelle seiner Rede sagte er: „Es gibt Gründe, über die unterschiedlichen Wahlergebnisse kritisch zu diskutieren, auch darüber, wo wir weitere Entscheidungen für die wirtschaftliche Ge-

sundung und den Arbeitsmarkt treffen können. Es gibt keinen Grund für vor-schnelle Schuldzuweisungen, verbale Eskalation und eine verwirrende Fülle neuer, finanzwirksamer Forderungen. Zur aktuellen Diskussion meinte Gerhard Stoltenberg: „Wir haben am 24. Mai die größte Steuerentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in einem Gesetz und in zwei Stufen, 1986 und 1988, verabschiedet. Mit ihr ist eine nachhaltige Verbesserung der Familienbesteuerung und Familienförderung verbunden. Es ist an der Zeit, die überflüssige Debatte zu beenden, ob man einen statt zweier Termine des Inkrafttretens hätte wählen können, oder ob die Verteilungswirkungen auf Bund, Länder und Gemeinden vertretbar sind. Die führenden Politiker der Koalition in Bund und Ländern sind aufgerufen, gute, wegweisende Entscheidungen auch gemeinsam zu vertreten, wenn wir die Bürger überzeugen wollen.“

Ministerpräsident Uwe Barschel machte vor dem Parteitag deutlich, daß seine Landesregierung und die Landtagsfraktion schon vor der Halbzeit der Wahlperiode wesentliche Ziele des Wahlprogramms von 1983 verwirklicht haben. Beispielfhaft nannte er die liberale Erneuerung der Medienlandschaft durch ein Landesrundfunkgesetz, das soziale Bürgerprogramm, den Abbau der gesellschaftlichen Benachteiligung der Frauen, wichtige Akzente in der Strukturpolitik, das Programm zur Förderung von Kunst und Kultur und die zahlreichen Impulse zum Schutz und zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Die GRÜNEN haben laut Uwe Barschel ihren Zenit überschritten.

## ■ CDU SAAR

# Die Weichen für einen Neuanfang gestellt

**Werner Scherer ist der neue Mann an der Spitze der saarländischen CDU. Beim Landesparteitag in Saarbrücken wurde Scherer, der schon einmal Landesvorsitzender (1973 und 1977) war, mit überwältigender Mehrheit (94,3 %) zum neuen Parteichef gewählt. Er gilt als Integrationsfigur der Saar-CDU, der der Partei nach der schweren Wahlniederlage vom 10. März neues Profil und neue Zuversicht geben soll.**

In einer kämpferischen Rede rief er die Partei zur Offensive auf. Scharfe Angriffe richtete der neue Parteichef der saarländischen CDU an den neuen Ministerpräsidenten Lafontaine. Wenn man den ökologischen Puder von Lafontaines „Ökosozialismus“ wegpuste, entdeckte man sehr schnell den Neo-Marxismus der 60er Jahre, Scherer warf Lafontaine bei der Behandlung existenzieller Fragen des Landes Fatalismus und Unvermögen vor. In diesem Zusammenhang erinnerte der Landesvorsitzende der CDU an das große Engagement seines Amtsvorgängers Werner Zeyer.

Für Werner Zeyer war es der letzte Auftritt als Landesvorsitzender. Er ist, so die Saarbrücker Zeitung, „ohne falsches Pathos verabschiedet worden. Wenn festgestellt wurde, ohne den früheren Ministerpräsidenten gäbe es Arbed Saarstahl nicht mehr und ohne das Unternehmen würde ein wirtschaftliches Chaos an der Saar herrschen, ist damit der Anspruch an seinen Nachfolger Oskar Lafontaine auf-

gezeigt.“ In seiner Abschiedsrede wies Zeyer darauf hin, daß die CDU Saar trotz der Wahlniederlage „eine in allen Gliederungen intakte Partei“ sei.

Zur Offensive blies der neue Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Günther Schwarz: „Für uns ist das Wahlergebnis bei aller Enttäuschung über das Ausmaß unserer Niederlage kein Anlaß, uns an die Klagemauer zu stellen.“ Dieses Wahlergebnis sei auch eine Chance zur politischen Regeneration. Kritische Worte richtete Schwarz nicht nur an die eigene Partei, sondern auch an die Bundesregierung, die ihre Erfolge zu schlecht verkaufe. Die FDP dürfe sich nicht auf Kosten der Union profilieren. Der neuen SPD-Regierung an der Saar warf Schwarz Wahllogen vor.

Daß die saarländische CDU intakt ist, zeigte sich in der mehrstündigen Aussprache über die Berichte. Es war der große Tag der Basis, die sich für ein neues Profil der CDU stark machte. In vielbeachteten Reden forderten Delegierte wie der Homburger Oberbürgermeister Rainer Ulmcke eine offensive, engagierte und bürgerfreundliche Politik.

Bei den Wahlen zum Parteivorstand wurde Werner Scherer mit klarer Mehrheit zum Parteivorsitzenden gewählt. Für Kontinuität steht sein wiedergewählter Stellvertreter Albrecht Feibel, für Erneuerung der JU-Landesvorsitzende Peter Jacoby. Im neuen Vorstand sind fünf Frauen vertreten, während es bisher nur zwei waren. Das freigestellte Betriebsratsmitglied ist ebenso im neuen Vorstand vertreten wie die Professorin, der Bauernpräsident oder die Hausfrau.

Werner Scherer sprach denn auch von einer Öffnung der Partei nach innen und nach außen. So könne sich die CDU bei den nächsten Wahlen als bessere Alternative für das Saarland darstellen.

Eine bessere Darstellung forderten alle Diskussionsredner von der Bundesregierung. Vor allem die Parteibasis machte

hier kritische Anmerkungen. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel nahm die Kritik an Bonn zum Anlaß, sich in einer leidenschaftlichen Rede zum Kurs von Bundeskanzler Kohl zu bekennen. Vogel forderte die Union auf, für die eigene Überzeugung zu kämpfen: „Wir sind kein Wahlgewinnverein, sondern ein Gesinnungsverein. Wir sind eine christliche Partei und haben die Absicht, dies zu bleiben.“ Scharfe Kritik übte Vogel an der Diffamierungskampagne der SPD am CDU-Generalsekretär Heiner Geißler. Der Generalsekretär sei kein Freiwild für die SPD. Hinter den üblen Angriffen der SPD stecke nichts anderes als die Angst der SPD.

Mit diesem Parteitag hat die saarländische CDU die Weichen für einen Neuanfang gestellt. Darauf machte auch Werner Scherer in seinem Schlußwort aufmerksam. Scherer zeigte sich erfreut, daß die Partei ihre Oppositionsrolle angenommen habe und sich nicht „schmollend als verhinderte Regierungspartei“ darstelle. Auch programmatisch wurden in Saarbrücken Weichen gestellt. Jetzt gilt es, all die vielen Wünsche, Appelle und Forderungen in die Praxis umzusetzen. ■

## Gesamtmittel: Tiefstand bei Überstunden

Der Arbeitgeberverband Gesamtmittel in Köln hat die Auffassung der IG Metall zurückgewiesen, in der Metallindustrie würden zuviel Überstunden gemacht und ein Abbau von Überstunden könnte 70 000 bis 80 000 Arbeitsplätze schaffen.

Nach Darstellung von Gesamtmittel wurden in den Metallbetrieben im Jahresdurchschnitt 1983/84 wie auch im Januar 1985 — weiter reichten die statistischen Daten noch nicht — wöchentlich 1,4 Überstunden pro Beschäftigten geleistet. Anfang der 70er Jahre habe dagegen die Überstundenquote mit 4,2 Stunden dreimal so hoch gelegen.

## ■ ZITAT

### Börners Coup

*Wenn es um den Erhalt seiner Regierungsmacht geht, schreckt Holger Börner vor nichts zurück. Sein jüngster Coup ist das Angebot einer Regierungsbeteiligung für die GRÜNEN, die teils schmollend in der Ecke sitzen, teils begierig darauf warten, daß einige der ihnen zu Amt und Würden kommen. Die Mitgift, die der Chef der SPD-Minderheitsregierung seinen Wunschpartnern anbietet, ist nicht knapp bemessen: neben einigen Staatssekretärsposten, über die noch verhandelt werden soll, lockt er sie mit einem eigenen Umweltministerium, dem auch die Verantwortung für die Kernenergie übertragen werden soll. Für die Wirtschaft und die Stromverbraucher ist das gerade so, als ob der Bock zum Gärtner gemacht wird. Denn die GRÜNEN wollen nicht den Ausbau der „sanften“ Energie, die keinen Dreck in die Luft schleudert und die Strompreise niedrig hält, sie wollen den Ausstieg aus der friedlichen Atomnutzung.*

*Für die GRÜNEN ist dies allerdings eine Zwickmühle, über die es bei ihrer Landesversammlung am 8. und 9. Juni viel Pro und Contra geben wird. Denn Börner verlangt als Gegengabe die Zustimmung der kleinen Fraktion zu seinen Landeshaushalten bis 1987. Zwar sind darin einige Bonbons für sie verpackt, aber haben sie erst einmal zugestimmt, dann können sie sich nicht mehr aus der Verantwortung mogeln und müssen auch unpopuläre Entscheidungen mittragen.*

*Für den Fall, daß sie sein Angebot ablehnen, winkt Börner den GRÜNEN mit einer seiner bekannten „Dachlatten“: Irgendwann sollen dann in Hessen vorzeitige Neuwahlen stattfinden. Daß die GRÜNEN diese zu fürchten haben, zeigen die Wahlergebnisse im Saarland und in Nordrhein-Westfalen. Andersherum könnte auch der Ministerpräsident auf der Verliererliste stehen. Wird sein Angebot angenommen, dann hat er den GRÜNEN-Ärger im eigenen Haus. Bei den Hanauer Atomfabriken, dem Hauptangriffsziel der Industriestürmer, stehen einige tausend Arbeitsplätze auf dem Spiel.*

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
5300 BONN 1

# Schöne Ferien.



## CDU

Das wünscht allen Lesern die Redaktion des UiD. Diese CDU-Postkarte können Sie aber auch erwerben und verschicken.

Mindestabnahme: 50 Stück, Preis pro Mindestabnahme: 7,50 DM, Bestellnummer: 9668.  
Bestellungen an das IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4864 Versmold.

# UiD

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. \* 544 11 #. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann, 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.